

WARUM DIE AfD GEFAHR UND RÜCKSCHRITT FÜR DEUTSCHLAND BEDEUTET

Auch wenn es viele, ein Großteil der AfD-Wähler nicht hören wollen: doch, die AfD pflegt nationalsozialistisches Gedankengut. Hört man sich die Reden einiger hochrangiger AfD-Politiker an, findet man Worte und Formulierungen, die durchaus an Politiker rechtsextremer Gruppierungen erinnern.

Im Zuge der Vorbereitungen für die Zugangsprüfung im Fach Geschichte an der Uni hab ich mich intensiv mit der Thematik und Problematik nach dem Ende des 1. Weltkriegs 1918 und der Folge-Jahrzehnte beschäftigt. Dazu zählte auch der Aufstieg der NSDAP unter dem Österreicher Adolf Hitler.

Vorweg: ich weiß, dass viele AfD-Wähler keine Nazis sind, sondern diese Partei aus Wut, Trotz und Unzufriedenheit gewählt haben. Das macht die Sache aber nicht besser, sondern sogar noch schlimmer. Diese Wähler haben billigend in Kauf genommen, dass eine Partei mit rechtsextremen Gedankengut ein zweistelliges Wahlergebnis bei der Bundestagswahl am 24.09.2017 einfahren konnte. Was wäre gewesen, wenn alle so gedacht hätten? Richtig, dann hätten wir jetzt – sorry – die Sch*** und eine nationalsozialistische Gruppierung würde die Geschicke des Landes lenken. Ja, auch ich habe früher oft in der Schule gestöhnt, warum immer und immer wieder Deutschlands furchtbare Vergangenheit auf dem Stundenplan stand. Irgendwann muss auch mal Ruhe sein, wir haben es verstanden. Heute sage ich: nein, offenbar haben viele es nicht verstanden und aus den Fehlern der Vergangenheit auch nicht gelernt. Anders kann ich mir dieses Wahlergebnis nicht erklären. Auch Adolf Hitler hat am 30.01.1933 auf legalem Weg durch Ernennung zum Reichskanzler die Macht erhalten. Wie heute gab es im Volk eine soziale Schieflage, Unmut und Frustration. Die eigentliche Regierung war zerstritten, von der Weltwirtschaftskrise 1929 erholte sich das Land nicht. Der ideale Nährboden für politische Propaganda und Versprechungen.

Zurück ins Jahr 2017. Auch für die AfD gilt was für alle Parteien gilt: bevor ich wähle, informiere ich mich über die einzelnen Parteien und setze mein Kreuz nicht einfach aus Frust bei einer Partei, die mir das Paradies verspricht. Billige Wahlpropaganda und Hetze sind für mich keine seriösen Quellen. Ein Blick ins Wahl- und Parteiprogramm kann da Abhilfe schaffen. Nur, so scheint es, scheint dies den meisten Deutschen zu viel Arbeit zu machen.

Auch wenn das Kind nun in den Brunnen gefallen ist, habe ich mir für all die Faulen in diesem Land, mal die Mühe gemacht, einige Punkte des AfD-Wahlprogramms rauszusuchen. Der Wortlaut findet sich dort nicht 1:1 so wieder (ausgenommen kursiv geschriebene Texte), sondern ist meine eigene Interpretation/Wiedergabe. Es ist mir dann doch etwas zu mühselig, den Text hier 1:1 abzutippen – die Links zu den Programmen der AfD sind am Ende angegeben, könnten also selbst nachgelesen werden. Leider ist das Programm dermaßen schwammig geschrieben, ohne wirklich konkret zu werden was gemeint ist, dass hier viel Interpretationsspielraum gegeben ist.

Von AfD-Anhängern wird ja immer wieder gerne behauptet, das, was in den Medien berichtet wird, stimme so nicht = Lügenpresse. Doch, liebe AfD-Wähler – analysiert Ihr das Wahlprogramm Eurer gewählten Partei, werdet Ihr feststellen, dass nur ein Bruchteil dessen was in den Medien geschrieben wird, falsch ist.

Als Quelle diene das auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23.04.2017 veröffentlichte Wahlprogramm.

Punkt Inhalt – Bedeutung – Analyse

1.1 Verträge von Schengen, Maastricht und Lissabon werden nicht anerkannt bzw. sollen aufgekündigt werden.

Bedeutet nichts anderes als ...

- Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen (Schengen-Abkommen)
- Austritt aus der EU und des EURO-Raums, wenn erforderlich (Verträge von Maastricht und Lissabon)

1.15.1 Ablehnung jeglicher „Antidiskriminierungsgesetze“

Bedeutet insbesondere für den Arbeitsmarkt: nicht mehr der Bestqualifizierte bekommt den Job, sondern der, der mir am Besten passt. Bewerber dürfen wieder aufgrund ihres Aussehens, ihrer Nationalität, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer politischen Gesinnungen, Hautfarbe, etc. aus dem Bewerbungsprozess ausgeschlossen werden.

2.1 Raus aus der gemeinsamen europäischen Währung, dem EURO.

Wie das finanziert werden soll, lässt die AfD jedoch offen. Fakt ist: Deutschland ist ein Exportland. Bei einem Ausstieg aus dem EURO werden die Preise aufgrund von unterschiedlichen Währungen, Zöllen, etc. steigen – Produkte made in Germany werden an Nachfrage verlieren.

Auch Urlauber aus anderen europäischen Ländern würden es sich aufgrund von hohen Wechselgebühren u. U. überlegen, ob sie weiterhin Urlaub in Deutschland verbringen. Der Tourismus hätte darunter zu leiden. Auch der Urlaub im Ausland für uns Deutsche würde teurer werden.

3.3 Wiedereinführung der Wehrpflicht

Mag harmlos klingen, hatten wir ja auch in Friedenszeiten lange gehabt – aber der Hintergedanke der AfD ist ein Anderer: hier geht es alleine um eine massive Aufrüstung Deutschlands.

Aufbau von Heimatschutz und/oder eines Milizsystems

Ehm ja, hatten wir alles bereits unter der NSDAP. Ihre Aufgabe war es u. a. Andersgesinnte ausfindig zu machen und zu verhaften. Auch wenn wir heute gerne auf Erdogan und seinen Umgang mit Journalisten und politischen Gegnern schimpfen – die Nationalsozialisten agierten damals 1:1 genauso. Dafür bediente man sich unter anderem auch sogenannter Hilfspolizisten.

3.4 Einführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen

3.5 Ausländische Strafzahlungen an deutsche Unternehmen sind zu unterbinden.

Als Beispiel führe ich da einfach mal VW an. Letztlich bedeutet dieses Passus nichts anderes als: wer wie VW im großen Stil Kunden und Staat betrügt, soll im Ausland nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Wie bitte?

4.7 Der Erwerb und Zugang zu Waffen soll erleichtert und legalisiert werden.

Bedeutet: am Ende ist hier in Deutschland jeder bewaffnet. Mehr Sicherheit? Wohl kaum. Wer eine Waffe besitzt, wird diese ggf. auch einsetzen – unter Umständen schon bei kleinsten Nachbarschaftsstreitigkeiten. Wo legaler Waffenbesitz hinführt, sehen wir beim Blick über den „großen Teich“.

5.3 Kündigung des 1963 geschlossenen Gastarbeitsabkommens mit der Türkei.

Ja, unter einem Präsidenten Erdogan kann die Türkei kein Mitglied der EU werden, aber das 1963 geschlossene Abkommen aufzukündigen ist einfach nur beschämend.

Aufgrund eines Arbeitskräftemangels hat Deutschland in den 60iger Jahren unzählige Gastarbeiter, auch aus der Türkei, nach Deutschland gelockt/geholt. Für diese war das o. g. Abkommen gedacht. Deutschland verdankt seinen heutigen wirtschaftlichen Status auch diesen Gastarbeitern. Diese Arbeitsleistung wird mit der Aufkündigung des Abkommens mit Füßen getreten.

5.5 Das Augenmerk sollte man hier auf den letzten Satz richten:

„Wir fordern strenge Kontrollen an den deutschen Grenzübergängen wie auch die Bewachung der grünen Grenze durch integrierte Sicherungssysteme, zu denen auch Zäune gehören können.“

Hm, DDR läßt grüßen? Und was sind integrierte Sicherungssysteme? Wird dann wieder zu Mauerzeiten geschossen?

5.10 Deutsche Staatsbürgerschaft aufgrund des Abstammungsprinzips.

Abstammungsprinzip – das steht wortwörtlich so im Wahlprogramm.

7.1 Erhalt des Staatsvolkes

Ja, auch dieser Wortlaut findet sich so 1:1 im Wahlprogramm der AfD wieder.

Die Geburtenrate **deutscher** Kinder soll erhöht werden = **deutsche** Frauen

sollen wieder mehr Kinder bekommen. Frauen werden zu Gebärmaschinen runterreduziert. Entscheidet sich eine Frau gegen ein Kind, wird sie wohl ihre Gründe dazu haben. In den 40iger Jahren wurde der Status einer Frau (auf Betreiben der NSDAP) an der Anzahl der Kinder gemessen. Wollen wir wirklich dahin zurück?

7.2 In die **Lehrpläne der Schulen** soll folgendes wieder mit aufgenommen werden:

- Regeln zu Partnerschaft und Familie
- Haushaltsführung
- Lebensschutz
- Kindererziehung

Wohin das gehen soll? Ganz klar: Frauen sollen sich ihrer früheren Aufgabe bewusst werden: Kinder gebären und den Haushalt führen = Frauen zurück an den Herd.

7.3 **Vereine/Stiftungen, die Alleinerziehende unterstützen, werden die Zuwendungen gestrichen.**

Wenn man sich den gesamten Passus anschaut, stellt man schnell fest, es geht letztlich um die Ächtung des Status „alleinerziehend“.

7.3.1 **„Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden.“**

Was die AfD damit genau meint, schreibt sie nicht. Da jedoch in der Regel der Mann Unterhaltszahlungen an die Frau zu leisten hat, vermute ich folgendes:

Es geht um das Fehlverhalten der Ehefrau. Geht die Ehefrau fremd und kommt es deshalb zur Scheidung hat die Ehefrau künftig keinen Anspruch auf Unterhaltszahlungen – weil sie ja selbst an der Scheidung Schuld ist. Aber was ist, wenn der Mann fremd geht? Muss er dann bei einer Scheidung mehr an die Frau zahlen als eigentlich? Wohl eher unwahrscheinlich.

7.5 Dieser Absatz hat es in sich: **ein generelles Verbot von Abtreibungen.**

Keine Aussage dazu, wie eine Schwangerschaft durch Vergewaltigung, egal ob innerhalb der Ehe oder außerhalb, behandelt wird.

Liest man sich 7.5 durch, kommt man aber zum Schluss, dass es hier um ein komplettes Abtreibungsverbot geht.

Jede Frau sollte selbst entscheiden, ob sie das Kind zur Welt bringt oder nicht. Jeder andere Weg bedeutet ein Rückschritt in der Thematik „Recht auf Selbstbestimmung der Frau“.

7.7 **„Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich.“**

Ja, auch das steht 1:1 genau so im Wahlprogramm.

Aus Sicht der AfD ist eine Familie nur dann eine Familie, wenn sie aus Mutter, Vater und Kind besteht. Mutter und Kind stellt ebenso wenig eine Familie da, wie eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft (mit/ohne Kind). Hier erfolgt ganz eindeutig nicht nur eine Diskriminierung von Homosexuellen sondern auch von Alleinerziehenden.

7.7.2 Abschaffung der „Gender-Forschung“ und Abschaffung von „Gleichstellungsbeauftragten“ an Universitäten.

Auch das betrifft nicht nur Homosexuelle, sondern auch die Gleichstellung der Frau. Letztlich ein weiterer Rückschritt in Sachen „hart umkämpfter Frauenrechte“.

8.5 Abschaffung von Bologna und Rückkehr zum alten Hochschulsystem.

Bedeutet: International wird nach Bologna studiert (Bachelor/Master). Eine Rückkehr zu Diplom und Magister führt dazu, dass deutsche Hochschulabsolventen auf dem internationalen Arbeitsmarkt erheblich geringere Chancen haben, da ein Leistungsvergleich mit anderen Absolventen nicht mehr möglich ist.

8.6 Erschwerung des Hochschulzugangs.

Bedeutet: Chancengleichheit = null. Studieren wird wieder ein Privileg der Oberschicht.

Die AfD möchte Abitur plus Zugangsprüfung zur Bedingung der Aufnahme machen. Beruflich Qualifizierten wie mir würde der Zugang damit verwehrt bleiben. Wer „nur“ einen Realschulabschluss hat, hat laut AfD-Vorstellung eben nicht zu studieren. Die Oberschicht studiert, die Unterschicht erledigt die Drecksarbeit für die Oberschicht. Und schon sind wir ganz schnell wieder bei einem Ständesystem.

10.1 Der Spitzensteuersatz sinkt langfristig von 42 auf 40%.

Außerdem:

- Abschaffung der Erbschaftssteuer
- Keine Vermögenssteuer

Schaut so Politik für die einfache Bevölkerung aus? Nein, letztlich geht es auch bei der AfD eigentlich nur um die Besserverdiener.

10.4 Bürgerarbeit

Oh, oh, das gab es schon mal. 1935 führte die NSDAP eine sechsmonatige Arbeitsverpflichtung für alle Männer (Wehrdienst), später auch für alle Frauen (Landwirtschaft) ein.

Die AfD möchte Arbeitslose zu gemeinnütziger Bürgerarbeit verpflichten. Zwar soll die Wochenarbeitszeit von 30 Stunden entlohnt werden, in welcher Höhe lässt die AfD jedoch offen. Die Vermutung liegt nahe, dass es hier um billige Arbeitskräfte im Staatsdienst geht, die am Ende für einen Stundenlohn von 1 Euro schuften dürfen. In welcher Form diese Bürgerarbeit auf das Arbeitslosengeld I/II angerechnet wird, wird ebenfalls nicht beantwortet.

13.1 Ausstieg aus dem „Pariser Klimaabkommen“.

Donald Trump lässt grüßen. Die von Menschen verursachte Klimaveränderung gibt es laut AfD-Wahlprogramm nicht.

13.2 Weiterhin wird auf Atom-, Gas- und Kohlekraftwerke gesetzt anstatt erneuerbare Energien zu fördern.

Und wie versprochen hier noch die Links ...

Wahlprogramm der AfD (76 Seiten):

https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

Grundsatzprogramm der AfD (96 Seiten):

https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf